

11.02.2017

Inhalt:			
Haushaltsberatungen	S. 01	Zukünftige Verfahrensweise des Controllings	S. 02
Sanierung und Erweiterung der HÖB	S. 01		

Februar 2017

Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Controlling vom 07.02.017

Weiterberatung des Haushaltes 2017

Mehr als drei Stunden tagte heute der Finanz- und Controllingausschuss der Stadt Papenburg. Es ging um den Haushalt für das Jahr 2017. Dabei schlägt der Finanzausschuss einstimmig bei Enthaltung der SPD-Mitglieder dem Rat vor, dem aktuellen Entwurf zuzustimmen. Der Haushalt für dieses Jahr umfasst insgesamt ein Volumen von gut 64 Millionen Euro. Dabei sollen rund 8,8 Millionen Euro in Investitionen gesteckt werden. Neue Schulden wird die Stadt auch machen müssen, in Höhe von rund 2,6 Millionen Euro.

Die SPD-Fraktion hatte für die Haushaltsberatung mehrere Anträge gestellt. Sie beantragte, eine Aufstellung der im Jahre 2016 und den Vorjahren bereitgestellten und nicht verbrauchten Haushaltsmittel aufzustellen.

Begründung:

Im Rahmen der Haushaltsbesprechungen hatte die SPD-Fraktion eine Aufstockung der Mittel für die Reparatur der Straßen und Radwege gefordert. Dabei ergab sich, dass dafür umfangreiche Mittel aus den Vorjahren nicht abgerufen wurden und deshalb auf die kommenden Jahren fortgeschrieben werden sollen. Um dies transparent zu machen und richtig fundierte Entscheidungen für den Haushalt 2017 treffen zu können, ist es notwendig, nicht nur für diese beiden Einzelfälle, sondern eine Aufstellung aller Restmittel zu erhalten.

Dem Antrag wurde zugestimmt.

Die Anzahl der Beschäftigten im Bauamt der Stadt soll um die Stelle eines Tiefbauingenieurs aufgestockt werden, um die für 2017 anstehenden Bauarbeiten abwickeln zu können und einen Investitionsstau wie in 2016 zu vermeiden.

Begründung:

Im Bericht des Landesrechnungshofes über die Situation des Papenburger Straßennetzes wurde eine fundamentierte Abarbeitung der anstehenden Reparaturen gefordert. In Ermangelung einer dafür notwendigen Prioritätenliste wäre eine zielgerichtete Abarbeitung nicht möglich. Weiterhin wurde bei den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2017 offensichtlich, dass ein Budget von insgesamt 500.000 € (450.000 € für Straßen und 50.000 € für Radwege) nicht hat umgesetzt werden können wegen des Mangels an Mitarbeitern des städtischen Bauamtes.

Sanierung und Erweiterung der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte

An der HÖB am Spillmannsweg sind in den nächsten Jahren erhebliche bauliche Maßnahmen notwendig. Schwerpunkte sind dabei Maßnahmen des Brandschutzes, energetische Sanierungen, eine Anpassung der Zimmer im Gästehaus an aktuelle Standards, die Anpassung der Versorgungsbereiche im Haupthaus an aktuelle Bedarfe und Hygienevorschriften, eine Veränderung des Empfangsbereiches, die Renovierung der Zimmer im Haupthaus und die Schaffung zusätzlicher

Dieser Antrag wurde zurückgezogen, weil die Verwaltung eine 2-jährig befristete Stelle für ein Projekt im Bauamt schafft, und damit für eine Entlastung sorgt.

Die SPD-Fraktion beantragte, die Mittel für das Fluidrohrleitungssystem zu streichen.

Begründung:

Für die SPD-Fraktion ist der Haushaltsansatz für das Fluidrohrleitungssystem in Höhe von 300.000 Euro überflüssig und sollte gestrichen werden, solange der Schlamm, der in die Ems gepumpt wird über Schleusungen wieder in den Hafen gespült wird.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Die SPD stellte den Antrag, die Hafengebühren zu verdoppeln.

Begründung:

Die Hafengebühren entsprechen nicht den Kosten, die für die Nutzung des Hafens anfallen. Wir bitten um Beratung über diesen Antrag am in der Sitzung über die Haushaltsberatung 2017 des Finanzausschusses.

Der Antrag wurde zurückgezogen, weil die Verwaltung wegen der EU hier in 2017 einen Vorschlag für die Neufassung macht.

Die SPD-Fraktion wünscht, in den Haushalt 2017 100.000 Euro für ein Programm „Jung kauft Alt“ einzustellen.

Begründung:

Immer mehr ältere Menschen verkaufen ihre Häuser, weil sie nicht altersgerecht sind und/oder sie in Eigentumswohnungen bzw. in Betreutes Wohnen oder ins Heim wechseln. Statt durch Ausweisung neuer Wohngebiete Papenburg immer stärker zu zersiedeln, sollte die Stadt jungen Familien, die noch kein Wohneigentum haben, mit einem Zuschuss Anreize bieten alte Wohnhäuser zu kaufen, und bei den Kosten der Renovierung zu helfen. Die Stadtverwaltung wird gleichzeitig beauftragt eine Satzung für die Förderung zu erstellen.

Dieser Antrag wurde zurückgezogen, weil im Haushaltsentwurf ein geringerer Betrag eingearbeitet war und wegen der noch zu erarbeitenden Satzung 2017 keine 100.000 Euro notwendig sind.

Zimmer insbesondere zur Kompensation der im Gästehaus entfallenden Zimmer. Die Gesamtkosten hierzu werden auf 3.054.000,- € geschätzt. Aufgrund der vertraglichen Situation teilen sich der Landkreis Emsland und die Stadt Papenburg die Kosten solcher Maßnahmen jeweils zur Hälfte. Der Landkreis hat eine Mitfinanzierung der Maßnahme in gleicher Höhe signalisiert. In dem Entwurf des Haushaltsplanes 2017 sind die beantragten Finanzierungsanteile der Stadt mit

11.02.2017

insgesamt 1.526.500 €, verteilt auf die Haushaltsjahre 2017 bis 2020 enthalten.

Die SPD stimmt vom Grundsatz einer Sanierung und Erweiterung der HÖB zu. Sie sieht aber eine Ungleichbehandlung gegenüber der VHS, die ihren Neubau mit eigenen Mittel

Controlling im Ausschuss – zukünftige Verfahrensweise

Im Zuge der Neukonstituierung des Rates ist zur Bildung der Fachausschüsse der Aufgabenkreis des bisherigen Finanzausschusses erweitert worden. So sollen die Aufgaben der bisherigen baubegleitenden Kommission auf den Ausschuss übergehen und das Thema Controlling ein stärkeres Gewicht bekommen.

In der letzten Sitzung am 23.11.2016 ist die Verwaltung auf Vorschlag der SPD beauftragt worden, einen Vorschlag für die weitere Vorgehensweise zu erarbeiten.

Sofern alternative Varianten von Projekten möglich und sinnvoll sind, werden sie mit einem Vorschlag der Verwaltung im Bauausschuss behandelt. Vermieden werden sollte nach Auffassung der Verwaltung die dazu notwendigen Beratungen doppelt auch im Ausschuss für Finanzen und Controlling zu führen. Sofern daraus die Inhalte der Maßnahme feststehen, können die Ergebnisse aus Ausschreibungen, die Notwendigkeit von Nachträgen während der Bauphase und deren finanzielle Auswirkungen, die Einhaltung des Bauzeitenplanes und die Abrechnung der Maßnahme dann im Finanzausschuss behandelt werden. Sofern zeitliche Zwänge es erforderlich machen, sollte eine Entscheidung zu inhaltlichen Änderungen der Maßnahme optional ausnahmsweise auch über den Verwaltungsausschuss getroffen werden dürfen. In diesen Fällen könnte der Ausschuss für Finanzen und Controlling dann im Nachgang informiert werden.

Dieses Vorgehen fand nicht die Zustimmung der SPD-Fraktion. Sie legte ein Papier vor, indem sie die Eckpunkte für das Controlling von Großprojekten beschreibt.

Dieses Papier wurde diskutiert und soll in den Fraktionen weiter behandelt werden. Die SPD-Fraktion sieht darin eine Verschleppung bzw. Verhinderung des Controllings von Großprojekten. Sie fürchtet Ende des Controllings bei Großprojekten. Deshalb hält sie fest an der Forderung, dass alle Investitionsprojekte vom Ausschuss für Finanzen und Controlling überprüft werden.

Das Controlling beschreibt einen Vorgang, bei dem unter zur Verfügungstellung aller notwendigen Informationen ein Gremium zu jedem Zeitpunkt der Abwicklung eines Projektes die Möglichkeit hat, falls notwendig korrigierend einzugreifen. Deshalb hatten sich mehrere Kriterien für die zukünftige Arbeit des Controlling-Ausschusses herausgebildet: Transparente Information, zeitgerechte Information, Korrekturmöglichkeit vor und während des Ablaufs eines Großprojektes, zeitnahe Berichterstattung an den gesamten Rat.

Aus diesem Grund ergeben sich für die Arbeit des Controlling-Ausschusses folgende Konsequenzen: Um dem Rat bei Projekten effektive Mitbestimmungsmöglichkeiten im Hinblick auf eine geordnete Finanzierung geben zu können, ist es zwingend erforderlich, dass sich der Finanz- und Control-

lingausschuss entsprechend dem Planungs- und Baufortschritt ein Bild über den Status der laufende Großprojekte macht. Dies bedeutet, dass es durchaus Ausschusssitzungen geben wird, in denen nur projektbezogene Controllingfragen behandelt werden. Ziel ist es, ein vorher festgelegtes Gesamtbudget bei Projekten nicht zu überschreiten. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die Stadt finanziell handlungsfähig bleibt. Dabei ist der Controllingausschuss vor der Entscheidung finanziell relevanter Schritte zu informieren, eine Ausschusssitzung durchzuführen und seine Beschlüsse zu berücksichtigen.

Die SPD-Fraktion hat deshalb auf der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Controlling folgende Vorgehensweise vorgeschlagen: 1. Alle Investitionsprojekte ab einem noch festzulegenden Umfang eines hohen 6-stelligen Betrages werden vom Ausschuss überprüft. 2. Die einzelnen Projekte werden in überschaubare, terminierte Investitionsabschnitte unterteilt. 3. Für den entsprechenden Investitionsabschnitt werden dann in der jeweiligen Ausschusssitzung die geplanten „Soll-Zahlen“ (auf Basis der Planung, der Ausschreibungen und Verträge) die tatsächlich angefallenen „Ist-Zahlen“ gegenübergestellt. 4. Wenn die Soll-Zahlen um mehr als [3%]-Punkte überschritten werden oder, wenn neue Kosten hinzukommen, die nicht in den Planungen aufgeführt waren, werden die Abweichungen im Ausschuss beraten und Konsequenzen beschlossen. 5. Falls erforderlich, werden diese in einer gemeinsamen Sitzung des Bauausschusses und des Finanz- & Controlling-Ausschusses beraten, um Abweichungen zu vermeiden oder zu kompensieren mit dem Ziel, das Gesamtbudget nicht zu überschreiten. 6. Für die Abweichungen können vielfältige Gründe verantwortlich sein. Die Verwaltung soll dabei dem Controllingausschuss mitteilen, wer für Veränderungen verantwortlich ist. Gegebenenfalls muss überprüft werden, ob die einzelnen Verantwortlichen hierfür zur Rechenschaft gezogen werden können. 7. Jeder der oben aufgeführten abgeschlossenen Investitionsbereiche wird vom Ausschuss „abgezeichnet“.

Die SPD-Fraktion hat bei der Diskussion im Ausschuss über diese Forderungen und wegen der Diskussion um die baubegleitende Kommission den Eindruck gewonnen, dass eine intensive Kontrolle bei Großprojekten von der Verwaltung nicht gewünscht wird. Wenn jetzt noch lange über das Controlling diskutiert wird und gleichzeitig die baubegleitende Kommission nicht mehr tagt, dann ist ein finanzielles Desaster für die dort behandelten Projekte (Sanierung Mittelkanalschule, Kindergarten St. Clara und Neubau des Bauhofes) vorprogrammiert. Die SPD-Fraktion fordert deshalb Sondersitzungen des Ausschusses für Finanzen und Controlling, solange bis eine Regelung für das Controlling im Ausschuss für Finanzen und Controlling gefunden wurde.

Die SPD-Fraktion hat bei der Diskussion im Ausschuss über diese Forderungen und wegen der Diskussion um die baubegleitende Kommission den Eindruck gewonnen, dass eine intensive Kontrolle bei Großprojekten von der Verwaltung nicht gewünscht wird. Wenn jetzt noch lange über das Controlling diskutiert wird und gleichzeitig die baubegleitende Kommission nicht mehr tagt, dann ist ein finanzielles Desaster für die dort behandelten Projekte (Sanierung Mittelkanalschule, Kindergarten St. Clara und Neubau des Bauhofes) vorprogrammiert. Die SPD-Fraktion fordert deshalb Sondersitzungen des Ausschusses für Finanzen und Controlling, solange bis eine Regelung für das Controlling im Ausschuss für Finanzen und Controlling gefunden wurde.